

# Zur Erinnerung:

Mehrmals haben wir im Frühjahr dieses Jahres bei den Sitzungen der Sozialdeputation unsere Forderung nach voller Übernahme der Miet- und Heizkosten für Arbeitslosengeld II Beziehende vorgetragen.



Bei einem Gespräch mit Frau Rosenkötter war das Ergebnis, dass die Sozialbehörde zwar eine bessere Kontrolle der Arbeitsweise der BAGIS umsetzen will (dass z.B. die Entscheidungen von Sachbearbeitern vom Teamleiter abgezeichnet werden müssen), dass ein neues Gutachten über den zur Verfügung stehenden Wohnraum in Bremen bei der Firma GEWOS in Auftrag gegeben sei und es im Mai vorliegen solle.

Auf die Frage, ob bis zum Vorliegen des

Kaltmiete statt 265,-€ für die Mietstufe 2, die in Bremen als Obergrenze gilt) für Arbeitslose als Obergrenze anerkannt wird und es inzwischen entsprechende Gerichtsurteile gibt, wurde mit dem Argument abgetan, dass dadurch die Mieten steigen würden.

Bei der letzten Sitzung der Sozialdeputation vor der Wahl fanden wir den Eingang zum Siemenshochhaus, in dem die Sozialdeputation tagt, von Bodyguards einer Security-Firma blockiert vor. Scheinbar

# Volle Übernahme der Miet- und Heizkosten

neuen Gutachtens der Firma GEWOS die Senatorin bereit wäre, die Umzugsaufforderungen zu stoppen, gab es ein eindeutiges: Nein.

Ebenso auf die Frage, ob die Senatorin bereit sei in Bezug auf die Übernahme von Miet- und Heizkosten ein positives Zeichen zu setzen und ob sie gewillt sei, dafür mehr Geld zur Verfügung zu stellen: Ein eindeutiges Nein !

Auch der Hinweis, dass in anderen Bundesländern und Kommunen die Mietstufe 3 (für einen Alleinstehenden sind das 325,-€

scheute man sich Polizei gegen Erwerbslose einzusetzen (die durchaus in den umliegenden Straßen mit Fahrzeugen parat stand).

Nach einer kurzen Wartezeit erschien Frau Rosenkötter sowie Staatsrat Joachim Schuster und alle Mitglieder der Deputation vor der Tür des Siemenshochhauses. In der folgenden Diskussion wurden die altbekannten Argumente seitens der Senatorin und des Staatsrats wieder aufgetischt, inklusive der alten Mär vom „Einzelfall“ (inzwischen dürften die „Einzelfälle“ die Zahl 7000

überschritten haben), der jeweils natürlich genau geprüft würde.

Die Sozialdeputation trägt ihren Namen, weil dort entschieden wird, wie mit den sozial Benachteiligten seitens des Staats umgegangen wird.

Vielleicht sollte sich diese Deputation besser umbenennen in „Deputation für Sparen bei den Ärmsten, die sich nicht wehren können“. Aber vielleicht ist die andere Möglichkeit ja die: Die Sozialbehörde lässt sich, genau wie alle Dienststellen der BAGIS bewachen von einem Sicherheitsdienst und alle sozial Benachteiligten werden „präventiv“ in Herrn Schäubles Datei potentieller Gewalttäter aufgenommen, für die auch die Unschuldsvermutung nicht mehr gilt.

Das wäre auf alle Fälle die konsequente Fortführung der Gesetzgebung der letzten Jahre.

Im Bundessozialhilfegesetz wurde der Anspruch auf das Grundrecht ein Leben in Würde\* zu führen noch als Auftrag verstanden.

In den Hartz-Gesetzen, die das Bundessozialhilfegesetz ersetzen, findet

sich nichts derartiges mehr. Im Gegenteil. Mit dem im letzten Jahr verabschiedeten Hartz-Fortentwicklungsgesetz wurde allen Trägern vorgeschrieben, dass sie einen „Außendienst zur Bekämpfung von Leistungsmissbrauch einrichten“ (SGBII, §6 Abs.1) sollen.

Ein bis heute nicht bewiesener genereller „Leistungsmissbrauch“ durch Arbeitslose wird als Vorwand genommen, um Arbeitslose unter Generalverdacht zu stellen.

Arbeitslose sind dadurch dem subjektiven Ermessen ihres Sachbearbeiters ausgeliefert. So zum Beispiel auch ob er die Miet- und Heizkosten für angemessen hält.

\* „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“  
**Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz**



## Erwerbslosenausschuss Ortsverein Bremen

zu erreichen sind wir  
jeden Montag  
von 9.00 bis 12.00 Uhr

im **DGB-Haus**

Bahnhofplatz 22-28  
Zimmer 1.17 in der  
1. Etage im Neubau  
oder

Telefonisch unter 0421- 3301-139

Jeden 1. und 3. Dienstag im Monat  
treffen wir uns zwischen 14 bis 16 Uhr

zum **ERWERBSLOSENCAFÉ**  
im Foyer des DGB Haus

die nächsten Treffen sind:

19. Juni

3. Juli

7. August

4. September

17. Juli

21. August

18. September

Unsere regelmäßige **Sitzung**  
findet jeden  
**4.ten Donnerstag** im Monat ab  
17 Uhr  
im Gewerkschaftshaus statt.  
**Diese Sitzung ist**  
**öffentlich für**  
**alle ver.di-Mitglieder**

**Deshalb fordert der Erwerbslosenausschuss ver.di Bremen:**

- **Volle Übernahme der tatsächlichen Miete- und Heizkosten durch die BAGIS**
- **Verbleib der GEWOBA in öffentlicher Hand**
- **um günstigen Wohnraum für ALG II Beziehende, Menschen ohne Obdach oder mit niedrigem Einkommen, Studierende, etc. anzubieten**

**Gewerkschafter raus auf die Straße - kämpfen wir für unsere Rechte !**

**Die Hartz-Gesetze müssen wieder weg !**

**Jetzt erst recht Gewerkschaftsmitglied werden !**